

Schwarzwälder Tageszeitung

Mus den Lannen Fernsprecher Nr. 11

Anteilblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat 1000 M., mit Postgebühren. Ein einzelner Exemplar 150 M. Anzeigenpreis: Die einfache Zeile über dem Raum 150 M., die Restzeile 400 M. Mindestbetrag 100 M. Rückstellungen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Verzinsung. Einzelne Aufträge 600 M. Bei Überzahlung Rabatt. Bei Zahlungsbefugnis ist der Rabatt vollständig.

Nr. 106.

Ultensteig, Dienstag den 8. Mai.

Jahrgang 1918

Die Antwort Frankreichs.

(Fortsetzung.)

In erster Linie stellt die angebotene Summe alles in allem nur ein Viertel des von der Reparationskommission und von Deutschland anerkannten Betrages der deutschen Schuld an die Alliierten dar. Frankreich und Belgien haben wiederholt erklärt, daß sie die Herabsetzung dieser Forderung nicht annehmen können und daß sie für den Fall, daß ein Teil ihrer Forderungen auf dem Wege der interalliierten Schulden ausgeglichen werden sollte, sich in der materiellen Notwendigkeit befinden, sich selbst die Beiträge einzuziehen, um sich von den furchtbaren Folgen des deutschen Einbruchs in ihre Länder (1) zu erholen. Frankreich hat bis zum gegenwärtigen Augenblick 100 Milliarden Franken für Reparationen belgische Franken vorgestreckt. Jedes der beiden Länder muß außer den Pensionen noch mehr als die Hälfte der wieder gutzumachenden Schäden auf sich nehmen. Das wirtschaftliche Interesse Frankreichs und Belgiens sowie der ganzen Welt und die Gerechtigkeit selber fordern, daß die zerstörten Länder nicht länger dazu verurteilt werden, sich weiter zu ruinieren, um die Bereicherung ihrer Schuldner zu begünstigen. Ebenfalls wie Frankreich kann Belgien, das Opfer der schändlichen Verletzung eines internationalen Vertrages (2), auf Grund der angebotenen Zahlungen seine zerstörten Gebiete wieder herstellen. Während die vier Jahre lang von den deutschen Armeen besetzten Provinzen dazu verurteilt wären, auf unabsehbare Zeit zerstört zu bleiben, wäre Deutschland in der Lage, angeheilt neue Fabriken, neue Hochöfen, neue Arbeiterkolonien, neue Straßenbahnen und Eisenbahnlinien zu bauen. Belgien und Frankreich sind entschlossen, diese Unannehmlichkeit (3) nicht zu dulden. Das Anerbieten von 30 Milliarden, das die deutsche Regierung macht, enthält überdies nach dem von ihr selber angewandten Ausdruck einen elastischen Teil, bei dem es nicht notwendig ist, die Willkür und Gefahr zu beweisen, mit der er festgelegt wurde. Die Ziffer, die von der deutschen Regierung genannt wird, soll nach ihrem eigenen Ausdruck ein Maximum darstellen und es wäre darnach für Deutschland ein Leichtes, diese Summe wieder in Frage zu stellen, bevor sie noch zur Bewirkung gekommen ist. Allerdings behauptet die deutsche Regierung, daß es nicht möglich sei, jetzt schon in festen und endgültigen Ziffern die Zahlungsmöglichkeiten Deutschlands anzugeben. Als die Verbündeten den Zahlungsplan von London aufstellten, hätten sie eben darauf Rücksicht genommen und sie hätten infolgedessen die Zahlung von nahezu zwei Drittel der deutschen Schuldsumme auf einen früheren, noch unbestimmten Zeitpunkt verschoben, der sich nach dem Vermögensstand richten sollte. Darauf hat die deutsche Regierung unaufrichtig Proteste eingelegt gegen eine derartige Unbestimmtheit betriffs eines Teiles ihrer Schulden. Sie hat wiederholt erklärt, daß das, was sie hindere, ihre Verpflichtungen einzuhalten, der Umstand sei, daß sie ihre endgültigen Ziffern nicht kenne. Heute reduziert sie den feststehenden Teil dieser Summe um drei Fünftel und den noch nicht festgestellten Teil um sieben Achtel, aber die Unbestimmtheit behält sie bei. Die Alliierten müssen infolgedessen glauben, daß die deutsche Regierung bald auf ihren ursprünglichen Gedankengang zurückkommen und daß sie erklären wird, daß nur der festgestellte Betrag von ihr bezahlt wird, unter dem Vorwand, daß sie den Gesamtbetrag ihrer Verpflichtungen nicht kenne. In der Tat handelt es sich bei den deutschen Vorschlägen nur dem Schein und dem Namen nach um 30 Milliarden (4). In Wirklichkeit beträgt der sich erst am 1. Juli 1927 ergebende Betrag nur eine Summe von 20 Milliarden. Deutschland fordert also ein vollständiges Moratorium von 4 1/2 Jahren, beginnend mit dem 1. Januar 1923, dem Tage, an welchem der Londoner Zahlungsplan in Kraft treten sollte. Die Reparationskommission hätte in Kraft treten sollen. Sie hätte von 20 Milliarden wird überdies wesentlich herabgesetzt, da bis zum 1. Juli 1927 die Zinsen für die aufzunehmende Anleihe vorweg abgezogen werden sollten. Wenn man die Verzinsung mit 6 Prozent berechnet, so fällt der augenblickliche Wert der 20 Milliarden auf 15 820 000 000 herab. Diese an sich unklaren Vorschläge sind überdies von Vorbehalten begleitet, die es ermdlichen würden, im Laufe weniger Wochen alles wieder in Frage zu stellen. Die deutsche Regierung garantiert nicht einmal, daß die 20 Milliarden (oder die geringere Summe, an die sie denkt) zu dem angegebenen Tage wirklich bezahlt werden (5), sondern sie sieht im Gegenteil vor, falls Zahlungen nicht durch Anleihen gedeckt werden können, der noch nicht bezahlte Teil die lächerliche Verzinsung

von 5 Prozent erfährt. Noch weniger waranmen bietet sie für die beiden Ergänzungsbeträge von je 5 Milliarden, die im Grundsatz am 1. Juli 1927 bzw. am 1. Juli 1931 bezahlt werden sollen. Die deutsche Regierung erklärt, eine internationale Kommission solle darüber entscheiden, ob diese beiden Abschnitte ausgegeben werden sollen und desgleichen, ob die Zinsen am 1. Juli 1923 bezahlt werden sollen oder nicht. Derartige Unsicherheiten machen jede ernste Schätzung des Wertes des Angebotes unmöglich. Ueberdies haben die französische und die belgische Regierung auf der Pariser Konferenz im gegenseitigen Einverständnis den Gedanken ausgesprochen, daß etwa die Reparationskommission ihrer Kompetenz entleidet und durch internationale Kommissionen, internationale Ausschüsse von Geschäftsleuten und Schiedsgerichte ersetzt würde. Im Vertrag von Versailles hat Deutschland sich freiwillig verpflichtet, die Reparationskommission als Richter über den teilweisen Erlass der Schuld und den Aufschub aller Zahlungen anzuerkennen, und es ist bestimmt worden, daß kein Erlass anders als durch einstimmiges Einverständnis der Gläubigermächte gewährt werden kann. Frankreich und Belgien können sich nicht bereit erklären, die durch den Vertrag von Versailles ihnen gebotenen Garantien preiszugeben.

Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, Sicherheit für die Darleihen und Zahlungen zu bieten, die sie heute anbietet und die nichts weiter als eine enorme Verminderung der früheren Versprechungen darstellen. Was aber diese Sicherheiten anlangt, so beschränkt sie sich darauf, die unbestimmtesten und unklarsten Ideen zu äußern und, obwohl die Reparationskommission im Einverständnis mit den alliierten Regierungen bereits seit langem alle Maßnahmen studiert hat, mit Hilfe deren Deutschland seine Währung stabilisieren, seine Finanzen wiederherstellen und zur Aufnahme auswärtiger Anleihen zu schreiten sich verpflichtet. Obwohl die alliierten Regierungen Deutschland monatelang zu den aufrichtigen Bemühungen anzuleiten versucht haben, die erforderlich sind, um diese Resultate zu erzielen, wieweil die deutsche Regierung auch heute noch nicht, auf welche Weise sie ihre Währung zu stabilisieren suchen wird oder welche geldgeberische Maßnahmen sie ergreifen wird, noch welche Einnahmequellen sie zur Garantierung der verschiedenen Anleiheabschnitte zu verwenden gedenkt. Genau so unbestimmt und genau so illusorisch sind die Angaben der deutschen Regierung über die Sicherheitsgarantien, die sie, wie sie erklärt, Frankreich zu bieten bereit ist. Sie spricht nicht von Belgien, und dieses Versehen erscheint zum mindesten merkwürdig, wenn man sich erinnert, wie Deutschland sich im Jahre 1914 als Garant der belgischen Neutralität dieser Nation gegenüber benommen hat, deren Unabhängigkeit zu schützen es versprochen hatte. In diesem Zusammenhang, ebenso wie in der Reparationsfrage können Frankreich und Belgien sich nicht mit den neuen deutschen Vorschlägen begnügen. Sie brauchen Gewissheit.

Als Gegenleistung für zum Teil unannehmbare und zum Teil unzulängliche Vorschläge beansprucht die deutsche Regierung, was der Ausgangspunkt von Verhandlungen sein müsse, daß der Status quo ante wiederhergestellt wird. Und in Anwendung dieser allgemeinen Bestimmungen verlangt sie insbesondere, daß die neuerdings in vollem Einverständnis mit dem Versailler Vertrag besetzten Gebiete geräumt werden, daß die in den Rheinlanden von der Rheinlandkommission zur Sicherung des Versailler Vertrags ergriffenen Maßnahmen zurückgenommen werden, daß die wegen Verletzung der regelrecht erlassenen Ordnungen verhafteten und ausgewiesenen Deutschen befreit, an ihre Wohnstätten entlassen und in ihre Dienststellen wieder eingesetzt werden. Also während 4 1/2 Jahren, d. h. während der Periode, in der die französische und die belgische Regierung sich bemüht haben, Sachlieferungen und Geldzahlungen zu empfangen und den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durchzuführen, müßten sie geduldig ohne Pfand und Garantie warten, bis es der deutschen Regierung gefällt, die Maßnahmen zu ergreifen, die ihr passen, um dann eine unbestimmte und winzige Summe zu erhalten. Aus dem Ruhrgebiet müßten sie sogar heraus, in das sie doch nur eingerückt sind, um die Garantien und Pfänder in der Hand zu haben, auf die sie einen Anspruch haben und die ihnen verweigert worden sind.

Die belgische und die französische Regierung haben beschlossen, die neubesetzten Gebiete nur nach Maßgabe und im Verhältnis der geleisteten Zahlungen zu räumen. An diesem Beschluß haben sie nichts zu ändern. Sie können übrigens nicht die Bemerkung unterlassen, daß die deutsche Note von Anfang bis zum Ende nur der laun verhehlte Ausdruck einer systematischen Auflehnung gegen den Versailler Vertrag ist. Diese würde schließlich notgedrungen zur vollkommenen und end-

gültigen Zerstörung dieses Vertrages führen. Dies würde sogar zu einer moralischen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Revanche Deutschlands führen (6). Unmittelbar nachdem die Vorkonferenz noch einmal einmütig festgestellt hat, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, sollen Frankreich und Belgien auf die friedliche Sanktion verzichten, die zu erzwingen Deutschland zu gezwungen hat. Deutschland will von den Ausgaben befreit werden, unter denen es nach seinen Erklärungen zusammenbricht und die es für unproduktiv erklärt. Damit scheint es die Besatzungstruppen im Auge zu haben, um Frankreich und Belgien ihrer solidesten Grundlage zu berauben, die ihnen Sicherheit und die Befolgung der vertragsmäßigen Garantien gewährleisten soll. Die Reparationskommission soll desavouiert und aufgehoben oder bis zur Ohnmacht eingeschränkt werden. Deutschland soll befreit werden von dem, was es die politischen und wirtschaftlichen Fesseln des Vertrages nennt. Die Alliierten sollen Deutschland sofort wieder in den Besitz der Meistbegünstigungsklausel einsetzen, was ihm gestatten würde, von den Ruinen, die es in Belgien und Frankreich gehäuft hat, Ruhen zu ziehen, um sich die industrielle Überlegenheit über die Länder zu sichern, die es verarmt hat. Für die Reparationsfrage soll nicht mehr, wie der Versailler Vertrag vorsieht, eine Kommission zuständig sein, deren Entscheidungen zu befolgen Deutschland sich verpflichtet hat, die Entscheidungen sollen vielmehr internationalen Kommissionen unterbreitet werden. Belgien und Frankreich sollen ihre Länder aus der Hand geben, sie sollen der Gewalttätigkeit der deutschen Regierungsbeamten ausgeliefert bleiben und als Gegenleistung für alle diese Opfer würden ihnen noch einmal ein paar auf Papier geschriebene Worte gegeben werden. Die deutsche Regierung wird, wenn sie überhaupt über diese Dinge einmal nachdenken will, sich nicht wundern, daß Frankreich und Belgien eine derartige Haltung ablehnen.

Der Ton der Note ist scharf, und die umfangreiche Begründung ist voll von Stimmungsmache, von Unwahrheiten, Entstellungen, Verdrehungen und im diplomatischen Verkehr ungewöhnlich scharfen Redewendungen trotzdem sich der Einfluß Belgiens, Englands und Italiens, die vor Abschließung der Note mächtig einwirkten und auch die verzögerte Abschließung der Note verursachten, bemerkbar. Im ganzen also ein echtes Poincaré-Schriftstück, das mit Klagen arbeitet wie: „Deutschland wolle zum Schein nur 30 Milliarden Goldmark zahlen, in Wirklichkeit aber nur 15,2 Milliarden“ oder „die deutsche Regierung denke gar nicht daran, den Kurs der Mark zu befestigen“ oder „der Widerstand sei von der deutschen Regierung gemacht und organisiert“.

Unannehmbar erscheint die Forderung der Einstellung des passiven Widerstands. Ob die Wendung in der französisch-belgischen Note, daß „die gegenwärtigen Vorschläge Deutschlands nach mehreren Richtungen hin durchaus unannehmbar sind“, die Möglichkeit offen läßt, zu Verhandlungen zu kommen, muß sich zeigen, wenn die Antworten Englands und Italiens eingegangen sind. Der diplomatische Faden über London und Rom ist jedenfalls noch nicht gerissen. Man ist dort bemüht, über den letzten Punkt in der Ruhr- und Reparationsfrage hinauszukommen. Die Vorgeschichte der Note, bei der England zweifellos von den Franzosen schlecht behandelt wurde, ist noch nicht ausgespielt. Aber die scharfe Betonung, daß der Versailler Vertrag, das Londoner Abkommen und die festgesetzten Zahlungsbedingungen eingehalten werden müssen, nimmt bei nächster Betrachtung jede Hoffnung auf eine baldige Lösung des Ruhrkonflikts und der Reparationsfragen. Poincaré hat es jedenfalls verstanden, in der Note für Frankreich Stimmung zu machen. Deutschland wird darauf antworten müssen. Wie, das kann die Regierung aus diesem frechen und ungemein gehässigen Schriftstück lernen.

Die Stellungnahme der deutschen Presse.

WTD. Berlin, 7. Mai. Die Antwort, die Poincaré namens Frankreich und Belgiens auf die deutschen Reparationsvorschläge erteilt, wird von den Wählern eine reine Propagandaschrift genannt, die in jeder Zeile die Absicht zeigt, auf die öffentliche Meinung der Welt zu wirken. Die Forderung Poincarés nach Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet wird von der gesamten Presse als unerwünscht bezeichnet.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ betont, daß der französische Einbruch in das Ruhrgebiet nicht nur den Vertrag von Versailles, sondern auch das Völkerrecht verletzt habe und

Strefemann über die politische Lage.

Eisenach, 7. Mai. In einer Versammlung sprach Strefemann über die politische Lage. Er lehnte die Politik der Rechtsradikalen und der Kommunisten ab und bezeichnete die Einheitsfront von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten als die in der heutigen Zeit einzig mögliche Parteilosstellung. In der jetzigen Zeit sind politischen Parteien zu drohen, wie es von angeklagten nationalen Leuten geschehen sei, sei ebenso verwerflich, wie die von den Kommunisten propagierte Zerstörung der Staatsautorität. Welt ab sei der Materialismus jener Kreise zu wischen, welche aus der Marktbaisse Spekulationsgewinne schlagen. Wir müssen wissen und verlangen es zu hören, wer die Schuld daran trage, daß die Mark nicht mehr zu halten war. Man sollte die Anträge nicht immer den Sozialdemokraten überlassen. Wenn Frankreich die Umbildung des deutschen Kabinetts verlange, so müsse man ihm antworten, daß das eine rein deutsche Angelegenheit sei. Frankreich irre, wenn es glaube, daß irgend ein anderes Kabinett, ganz gleich aus welcher Partei, den passiven Widerstand an der Ruhr besiegen könne. Die Verzögerung bei der Uebermittlung der Antwort auf die deutsche Note führte Strefemann auf die „Stroh-Sprache Londons“ zurück.

Keine unbedingte Ablehnung?

Berlin, 7. Mai. Die französische Note hat in politischen Kreisen keinerlei Erregung hervorgerufen. Man war auf eine Ablehnung gefaßt gewesen. Man glaubt aber, Anlaß zu Ergänzungen und somit zu einer Diskussion zu haben. Die französisch-belgische Note muß jedenfalls richtiggestellt werden. Zunächst werden nach die Antworten aus London und Rom abgewartet. Erst dann wird die Regierung sich schlüssig machen können, welche Schritte sie einzuschlagen gedenkt. Nach einer Mitteilung der „Völkischen Zeitung“ wird beabsichtigt, daß am Freitag im Reichstag bei der dritten Lesung des Kanzlerats der Reichskanzler zu den Antworten auf die deutsche Note Stellung nimmt.

Neue französische Urteile.

Dortmund, 7. Mai. Bürgermeister Fischer und Bauat Ulrich aus Dortmund sind wegen Verübung angeblicher Sabotageakte an der französischen Telegraphenleitung zu einer Geldstrafe von 100 Millionen Mark verurteilt worden. Im Falle der Nichtzahlung soll die Summe aus den Vermögen der Stadt beigetricben werden.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 7. Mai. Der „Matin“ hält es für möglich, daß es anlässlich des Zusammentritts der Kammer am Dienstag zu einer längeren Besprechung der Ruhrfrage kommen werde.

Vor einer gemeinsamen Konferenz der Alliierten.

Paris, 6. Mai. Der „New York Herald“ schreibt zu der Rede Lord Curzons: Lord Curzons letztes Mandat wird als ein Schritt zu einer Alliiertenkonferenz angesehen, der die Festlegung einer gemeinsamen Politik vorbehalten sein soll. Das Blatt fügt hinzu, es sei durchaus klar, daß die englische Regierung in den Vorschlägen Deutschlands eine gewisse Basis für Verhandlungen erblickt. Während aber Deutschland nicht so weit nachgeben will, wie Frankreich es verlangt, so herrscht doch die Ansicht vor, daß es bereit ist, viel mehr Entgegenkommen zu zeigen, wenn die Alliierten ihre Einheitsfront wieder hergestellt haben.

Der Reichskanzler.

Berlin, 8. Mai. Reichskanzler Gund ist von seiner Wohnung in Friedensstadt wieder zurückgekehrt.

deshalb Deutschland auch das Recht und die Pflicht habe, den passiven Widerstand fortzusetzen.

Die „Germania“ schreibt: Der passive Widerstand ist der Ausdruck des Volkswillens, und wenn, wie Polanco behauptet, die beiden Einbruchsmächte sofort die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Industriellen, Ingenieuren u. Arbeitern und Verbänden wünschen, so wäre die Verbindung, daß sie den Willen der Bevölkerung respektieren. Die Debatte über mögliche Modalitäten dieses Widerstandes könnte also nur in üblichem Einverständnis mit der Ruhrbevölkerung geführt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ fordert eine Verklärung des passiven Widerstandes.

Der „Vorwärts“ sagt: Das ganze deutsche Volk erblüht in der Befehle des Ruhrgebietes ein Verbrechen wider das Volkswort, ein mitten im Frieden verübtes gewalttätiges Unrecht, das so rasch wie möglich wieder beseitigt werden muß. Sollte die franz. Note belegen, daß die Verhandlungen erst beginnen sollen, wenn sich der letzte Deutsche den Befehlen der widersprüchlichen Gewaltthäter willig fähig, so wären Verhandlungen überhaupt niemals möglich. Da aber Verhandlungen notwendig sind, wird ein Weg gefunden werden müssen, um diese Schwierigkeit zu beseitigen.

Bilder aus dem Krupp-Prozess.

Die Kriegsgerichtssitzungen in Werden zeigten an den Pressefotografen ein lebhaftes Bild. Vor allem fielen die ausländischen Pressevertreter auf, die ganze Stuhlleihen in Anspruch nahmen. Karikaturzeichner waren bei eifriger Arbeit, um in den nächsten Tagen in den illustrierten in- und ausländischen Zeitungen dem Publikum den Gerichtshof vorzuführen. Die Photographen und Kinoperateure hatten von ihrem Standpunkt aus ein dankbares Tätigkeitsfeld gefunden. Sie hatten es meist auf Krupp v. Böhlen abgesehen. Deshalb pflanzten sie sich an den Pressefotografen, schräg gegenüber Krupp v. Böhlen auf der Vorderseite auf und warteten, mit aufgeregten Händen das Objekt richtend, auf die Gelegenheit, wo Krupp ihnen sein Gesicht einmal zuwenden würde. Krupp merkte die Absicht dieser Leute sofort und gönnte ihnen die Freude nicht, da er sich nicht als Beute solcher Sensationsjournale herg ben mochte. Noch eine andere Episode erwähnt der Vertreter der „Köln. Zig.“. Als zu Beginn der Freitagmorgensitzung beim Eintritt des Gerichtshofes in den Saal das Präsentier! des französischen Wachregiments scharf ertönte und die französischen Posten vor den Pressefotografen ebenso wie die Saal- und Türwachen aufsprangen und salutierten, blieb das deutsche Publikum auf seinen Plätzen sitzen. Darauf schritt ein französischer Gendarmeregimentsführer in den Zuschauerraum und bedeutete dem Publikum durch Worte und Gebärden, daß es sich erheben müsse. Die Zuschauer erhoben sich dann. Als man die Angeklagten in den Saal führte, Herrn Krupp v. Böhlen an der Spitze, erhob sich die Menge, diesmal ohne Aufforderung von französischer Seite, zu Ehren und zum Gruß der Angeklagten vollständig von den Plätzen, während jetzt die Franzosen sitzen blieben. Nach diesem Vorgang bemühte sich die Gendarmeregiments auf das Publikum einzuwirken, daß es wieder Platz nehme. Das sind bezeichnende Vorgänge. Aus ihnen spricht in stummer Sprache die Liebe und Anhänglichkeit nicht nur des anwesenden Publikums, sondern des ganzen deutschen Volkes, das durch die wegen der militärischen Sperrmaßnahme um Werden nur spärlich anwesende Zuschauermenge in seiner Gesamtheit vertreten wird.

Die Direktoren wählten in der Verhandlung die Haltung, die man bei persönlicher Fühlung im gewöhnlichen Geschäftsleben bei ihnen gewohnt ist. Selbstbewußt und sicher, nüchtern denkend und wohl überlegt gaben sie auf die Fragen Auskunft. Sie vertraten ihren Stand-

punkt mit kühler und ruhiger Sachlichkeit. Die Haltung der Direktoren am Kriegsgericht stand auf derselben geistigen und äußerlich fremdvollendeten Höhe, als wenn sie eine Hauptversammlung in der Industrie geleitet hätten. Der Vorsitzende tastete vorsichtig und scharf überlegend die Angriffsfläche nach der Anlagenschrift ab, und es entspann sich ein Nebenduell besonders zwischen Krupp v. Böhlen und dem Gerichtshof, wie es mit gleicher Logik und gleichem Scharfsinn bisher kaum an einem französischen Kriegsgericht zutage getreten sein dürfte. Der französische Anlagerevertreter, ein im Ruhrgebiet schon bekannter Militärstaatsanwalt, beobachtete scharf und ruhig, und wo er glaubte, eine Lücke in dem Verteidigungsmaterial der Angeklagten entdeckt zu haben, haßte er ein. Er sah gebeugten Hauptes über seinen Akt, hob seinen Kopf mit den schwarzen, zurückgekämmten Haaren und seinen dunklen Augen in solchen Augenblicken plötzlich mit französischem Temperament und sprudelte mit lebhaften Gebärden der Arme und Hände juristische Ausführungen hervor.

Von der deutschen Verteidigung war es besonders Dr. Grimm-Essen, der bei der Vernehmung der Angeklagten und bei Einwendungen des Anlagerevertreter stets zur Klärung verschiedener Streitfragen vermittelnd eingriff und so angelegliche Widersprüche in treffenden Darlegungen löste, wobei er sich der französischen Sprache ausgedehnt bediente. Die Postenkette vor den Pressefotografen folgte der Vernehmung der Angeklagten anfangs mit großer Aufmerksamkeit, doch mit der Zeit begannen die Leute weniger Interesse daran zu haben und äugten namentlich in den Pausen nach den hinter ihnen stehenden Zuschauern beiderlei Geschlechts und mannigfaltiger Nationalität. Zu Zwischenfällen ist es in der Verhandlung dank der guten Haltung des Publikums nicht gekommen. Interessant war der Eindruck des Gerichtshofes, als Direktor Bruhn erklärte, die Kruppische Arbeiterchaft sei friedlich und besonnen und politisch geschult. Um die Bedeutung der Worte „politisch geschult“ entspann sich ein kleines Unterwegs, da der Gerichtshof die Bedeutung der Worte jedenfalls nicht im Sinne Bruhns verstand und etwas anderes dahinter witterte. Man denke bloß an die Anklage, die auf Komplott und geheime Machenschaften lautet. Bruhn legte dar, um Mißverständnisse auszuräumen, daß unter politischer Schulung die besonnene, ruhige politische Denkart zu verstehen sei, wie sie in gewerkschaftlicher Arbeit entspringt.

Was beim Krupp-Prozess rein äußerlich auffallend in die Erscheinung tritt, ist die schon erwähnte starke, militärische Sicherung der Stadt Werden und ihrer Umgebung. An dem kleinen Marktplatz des idyllisch an der Ruhr gelegenen Städtchens waren drei französische Panzerwagen aufgestellt, die gegenüber dem von den Franzosen stark besetzten Rathaus aufgestellt genommen hatten. Vor dem Rathaus waren starke französische Posten aufgezogen, und ein eifriger Streifenwächterdienst war in den Straßen zu beobachten; mit einem Wort: Werden liegt herrschend voll Militär. Trotzdem hatte sich nach Schluß der Sitzung die gesamte Bevölkerung auf den engen Straßen eingefunden: ein Menschengewimmel wogte in den Straßen, wie es Werden wohl noch nie erlebt hat, um Krupp v. Böhlen, seine Direktoren und die übrigen Angeklagten bei der Fortführung ins Gefängnis zu sehen. Auch an den Ufern der Ruhr waren oberhalb und unterhalb starke Militärposten aufgestellt. Die Sperrmaßnahmen blieben auch über Nacht bestehen. Ehemal und früh reden sich auf den Mittelplätzen der Werderner Ruhrbrücke die Standbilder Wilhelms I. und des Eisernen Kanzlers Bismarck in die Höhe, schauen stumm auf das militärische Treiben der Franzosen und ermahnen uns, den eingeschrittenen Weg fortzusetzen zu neuer Größe und zu neuem Aufstieg unseres armen, gequälten Vaterlandes.

Was mein einst war.

Roman von Fr. Schue.

(Nachdruck verboten.)

Berdu! Das konnte er auch, das Frauen von Berdu! Wer den Schäfer vor Berdu war wohl, dachte er voll Bitterkeit — wohler als ihn, der so aus allen Weisen gerissen und wurzellos und hallos in den Tag hineinlebte, leben mußte — bald nicht mehr wissend, wovon das verdurstete Dasein kränzte!

Der Wirt kam, um die geleerten Biergläser frisch zu füllen.

„Möchte der Herr auch ein Bier?“ Ehe der Gefragte antworten konnte, nickte dessen Nachbar —

„Ja wohl! bring eins! Ich zahl's —“ Fast heftig widersprach der Fremde. Groß und unangenehm überrascht sah ihn der Bauer an.

„Nichts für ungut, Herr! Ich hab's nicht schlecht gemeint! Wenn Sie nicht mögen, lassen Sie es stehen! Doch ich dachte, wenn einer im Felde war —“ aus des Bauern Stimme klang Empfindlichkeit.

„Ich bin's nicht gewöhnt!“ lenkte der andere ein, die gute Absicht des Bauern doch anerkennend.

„Das Kriegsbier bringt Sie nicht um! Was sind Sie eigentlich, Herr?“

„Ein Arbeitsloser!“ entgegnete der Angeredete mit bitterem Spottschelten.

Unwillig blickte der Bauer auf den Fremden.

„Na, so sehen Sie gerade nicht aus!“ brumte er.

„Manchem merkt man es nicht an, der arbeitslos ist und gern arbeiten möchte, wenn man ihm nur Gelegenheit dazu geben wollte —“

„Na ja, was die Stadtherren so unter „arbeiten“ verstehen —“ ein wenig geringschätzig sagte es der Bauer, indem er die Achseln ausstreckte.

„Ja wohl, Dangelmann, hast recht!“ stimmten ihm die anderen zu.

„Sie scheinen zu glauben, in der Stadt wird nicht gearbeitet?“ fragte der Fremde fast heftig. „— und wie —! oft bis zum Umfinken — mit leerem Magen, häufig hungernd bei der ungenügenden mangelhaften Ernährung —! Die auf dem Lande haben gar keinen Begriff davon, wie schwer das Leben in den Städten ist —“

Ungläubig und spöttisch lächelnd wiegte Dangelmann den Kopf hin und her.

„Wenn man hineinkommt, sieht's wahrhaftig nicht so aus! Konzert, Musik, Tanz — immer ist was los! Und Sie, warum haben Sie keine Arbeit, wenn Sie so gern arbeiten möchten?“ wie Hohn klang diese Frage — „oder hat der Krieg Sie auch arbeitslos gemacht, womit sich so viele entschuldigen —“

Eine dunkle Röte flammte über das schmale, tiefgebräunte Gesicht des Fremden, und hart klang seine Stimme, als er sagte:

„Der Krieg nicht! aber die Revolution —“

„Da haben jetzt aber doch so viele ihr Auskommen gefunden — man sieht's doch in der Zeitung —“ — aber ich gehöre nicht zu denen; denn zum Regieren habe ich kein Talent; Erwerbslosenunterstützung beziehe ich auch nicht! Ich lebe von meinen geringen Ersparnissen, die jetzt zu Ende gehen! Jeden Tag habe ich nach Arbeit und Beschäftigung gesucht — doch vergebens! Für Leute meines Schlages gibt es keine Arbeit im neuen Deutschland —“

Seine nervigen schlanken Finger ballten sich zu Fäusten und streckten sich wieder aus wie in zorniger Ungeduld — „da haben Sie das Leben eines von vielen, die draußen im Felde Leben und Gesundheit täglich aufs Spiel gesetzt haben, während andere es sich hinter der Front wohl, manchmal auch recht wohl, sein ließen — trotz alles Jammers und aller Not —“

Die Männer an seinem Tische nickten — „wir aber nicht! Wir auf dem Lande haben uns abradern und schinden müssen, wir Alten, mit den Weibern und Kin-

dern, derweilen man uns die jungen Männer und unsere Duden weggeholt hat — und jetzt noch müssen wir uns so plagen, weil man keine Leute bekommt — alles will nach der Stadt —“ sagte Jakob Dangelmann, „sehen Sie, Herr, ich bin arg von Gicht und Rheumatismus geplagt — ich muß aber immer da sein — den ganzen Tag gibt's zu schaffen — ich kann manchmal nicht mehr! Und für wen plag ich mich eigentlich? — Mein Franz ist nicht wiedergekommen —“ er seufzte tief auf.

„Verkauf halt dein Anwesen!“ warf Bauer Eder ein, der mit am Tische saß, ihn mit lauerndem Blicke beobachtend.

Jakob Dangelmann schlug mit der Faust heftig auf den Tisch.

„— so lange ich lebe, wird mein Hof nicht verkauft! Das kannst du nur dem Schloscher sagen, der bloß drauf wartet — mein Radel wird ja auch mal heiraten —“ „Na, deine Marie, die eine so Feine, Städtische geworden ist —“ meinte Eder langsam und bedächtig, indem er sich seine Pfeife von neuem stopfte — „Deine Marie —“

Jakob Dangelmanns Hand umkrampfte fest das Bierglas — „arbeiten muß sie deshalb doch! Dann bleibt der Hof eben für der Marie ihre Kinder — verkauft wird nicht — das sage ich noch einmal — ich will auf meinem Hofe sterben —“

Aufmerksam hatte der Fremde die Unterhaltung der beiden Bauern verfolgt. Er blickte wehmütig vor sich hin. „Wohl dem, der auf eigener Scholle sitzen und ein Stückchen Land bebauen kann als sein Eigen! Er weiß nicht, wie gut er es hat gegen die, die ohne festes Heim draußen in der Welt herumgeworfen werden —“

Er hatte es mehr zu sich gesagt — doch Bauer Dangelmann hatte seine Worte wohl begriffen. Befräftigend nickte er dazu — „recht haben Sie, Herr! Das sag ich auch immer — mein Radel will es nur nicht so recht einsehen! Freude hab ich an meinem Leben gehabt, als mein Franz noch da war! Der hat geschafft für zwei —“

(Fortsetzung folgt.)



Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. Mai.

Am Montag behandelte der Reichstag zunächst kleinere Gegenstände. Der Wohnungsausschuss hat einen Antrag Benthien (D. Sp.) betr. Pachtverträge bei gewerblichen Betrieben angenommen und fordert einen Bescheidensurs, wonach zurzeit nicht ländliche Pachtverträge, die unter das Pachtgesetz fallen und die sich auf die gewerblichen Betriebe (Gastwirtschaften, Hotels, Fabrikten, Sanatorien, Heilanstalten, Krankenhäuser usw.) beziehen, zur Erzielung eines angemessenen Pachtzinses mit Genehmigung des Mietvermittlungsamtes oder eines ähnlich zusammengesetzten Amtes den veränderten Verhältnissen angepaßt bzw. geändert werden können. Der Antrag fand einstimmig Annahme.

Auf der Tagesordnung stand dann der Bericht des Geschäftsordnungsausschusses, der die Frage geprüft hat, ob durch die Maßnahmen des Polizeipräsidenten von Berlin gegen die Deutsch-völkische Freiheitspartei eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Abgeordneten dieser Partei verursacht worden ist. Der Ausschuss hat diese Frage verneint. Verbunden mit diesem Bericht wird ein schleuniger Antrag des Abg. Brause (D. Sp.), der die sofortige Aufhebung der Beschränkungen des Berliner Polizeipräsidenten fordert.

Abg. Warmuth (D. natl.) ist der Ansicht, daß hier zweifellos ein Eingriff in die Rechte einzelner Abgeordneter vorliegt.

Abg. Wulle (D. Sp.) hält es für undenkbar, daß der Polizeichef eines Landes die Macht haben soll, die Geschäftsstelle einer Reichspartei zu schließen. Eine solche Behandlung von Abgeordneten verträge sich nicht mit der Würde des Parlaments. Hier liege ein glatter Verstoß gegen die Verfassung vor.

Abg. Pittmann (Soz.) nennt es ein eigenartiges Schauspiel, daß Abgeordnete der Reichsparteien eine Erweiterung des Immunitätsschutzes verlangen, während früher von ihnen erklärt wurde, dazu liege gar kein Anlaß vor. Das Vorgehen gegen die Deutsch-völkische Freiheitspartei sei durchaus nicht ohne Beispiel.

Abg. Dr. Veit (Zentr.) schließt sich dem Ausschussbeschluss an.

Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) lehnt für seine Partei den Bescheid ab, daß sie nicht für die berechnigte Immunität eingetreten sei. Das Verhalten der Berliner Polizei sei kleinlich und zu wirkungslos gewesen.

Ein Antrag Barz (Komm.), die Abstimmung auszuschieben, bis die gleichartige kommunistische Beschwerde erledigt sei, wird abgelehnt.

Die namentliche Abstimmung über den Ausschussantrag ergibt dessen Annahme mit 203 gegen 116 Stimmen (D. natl., D. Sp. und Komm.).

Dann wurde der Etat des Reichsarbeitsministeriums behandelt.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 8. Mai 1926.

Malwanderung der „Sängerlaß“. Der junge Arbeitergesangsverein „Sängerlaß“ unternahm letzten Sonntag unter lebhafter Beteiligung eine Malwanderung durch das im ländlichen Frühlingsschön prangende 8 km lange nach Ralwobron und Erdbach, wo unter günstiger Mitwirkung der Stadtpolizei trotz Stundenverlebens wurden. Wohlbesiebtig lächeln alle Teilnehmer unter den Klängen des Kapells hier und da, während, daß bald ein weiterer Ausflug stattfinden möge.

Der Saatensand in Württemberg. Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes haben sich die Winterhaaten befriedigend entwickelt. Wegen Winterschäden mußten verhältnismäßig nur wenige Winterhaaten umgepflügt werden; es wurden im ganzen Land von der gesamten Anbaufläche in Winterweizen 1,7, Winterdinkel 0,8, Winterroggen 5,9 und Wintergerste 1,2 Prozent umgepflügt. Die Bestellung der Felder mit Sommergetreide ist überall beendet und die frühen Saaten sind bereits aufgegangen. Nicht selten macht sich in den Getreidefeldern schon jetzt eine starke Vermehrung, im Sommergetreide auch Auftreten der Heilflöhe bemerkbar. Das Legen der Kartoffeln ist überall ziemlich weit vorgeschritten, größtenteils bereits beendet. Wiesen und Kleefelder haben im allgemeinen schön angelegt. Die Berichte über den Stand der Weinberge lauten nicht unangenehm; der Rebenschnitt ist beendet und die Reben treiben bereits aus. Die Blüte des Frühobstes ist gut verlaufen, die des Spätobstes hat bereits begonnen. Nach den üblichen Landesdurchschnittswerten (1 gleich sehr gut, 2 gleich gut, 3 gleich mittel, 4 gleich gering) stellt sich der Stand der Saaten in Württemberg wie folgt: Winterweizen 2,7 (im Vormonat 2,9), Winterdinkel 2,7 (2,9), Winterroggen 3,1 (3,0), Wintergerste 2,7 (2,9), Klee 2,9, Luzerne 2,8, Wiesen 2,5.

Was bedeuten 30 Goldmillarden für jeden von uns? Die deutsche Regierung will 30 Goldmillarden Reparation anbieten; England verlangt 40, Frankreich 50. Wir werfen mit den Millarden nur so herum. Weiß man auch, was diese Zahlen bedeuten? Wenn wir bei der niedrigsten Summe, 30 Millarden, bleiben, so heißt dies, daß nach dem heutigen Kursstand der Mark durchschnittlich von jedem Kopf in Deutschland 30 Millionen M. an die Entente abzuführen sind, von einer 4köpfigen Familie also 120 Millionen, von einer 10köpfigen aber 300 Millionen usw. Dabei ist zu beachten, daß der Verfallener Mordfriedens uns bisher schon 100 Goldmillarden gekostet hat, das heißt Kopf für Kopf hat jeder Deutsche bis zum kleinsten Kinde hinauf, nach heutigem Geldwert 12 bis 13 Millionen M. bereits an die Entente frohnden müssen.

Die französischen Verkehrsbehörden. Die angeordnete Erschwerung der Einreise in das besetzte Gebiet wird am 10. Mai beginnen. Wer nicht im Besitze einer von der Rheinlandskommission ausgestellten Einreiseerlaubnis ist, darf das besetzte Gebiet nicht betreten.

ten. Nur wer seine Reise genau begründet und zwei Lichtbilder einbringt, kann bei dem französischen Oberdelegierten der Rheinlandskommission die Genehmigung seines Passantrags erhalten. Doch soll die Passbewilligung, wie man weiter hört, auch von der Zahlung einer hohen Summe abhängig gemacht sein. Genauere Vorschriften darüber sind aber noch nicht herausgegeben. Diese neue Grenzsperrre bedeutet für den wirtschaftlichen Verkehr natürlich eine schwere Schädigung. (Inwiefern sich die neue Verkehrserschwerung auf das neubefreite badische Gebiet, Offenburg, bezieht, ist augenblicklich noch nicht bekannt.)

Die Lebenshaltungskosten. Nach den Feststellungen des Stat. Reichsamtes beträgt die Lebensindexzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) im Durchschnitt des Monats April 1924 (1913/14 = 1) gegenüber 2854 im März. Die Erhöhung beträgt somit 3,5 v. H. Die Indexziffer ohne die Bekleidungskosten ist um 5,2 v. H. auf 2764 gestiegen. Auf dem Lebensmittelmarkt war die Preisentwicklung im Monat April verhältnismäßig ruhig.

Zwei Pfund Zucker im Mai. Die Hauptgeschäftsstelle des Zuckerhandels 1922/23 gibt bekannt, daß im Monat Mai je Kopf der Bevölkerung zwei Pfund Mundzucker zur Verteilung kommen.

Regeld, 7. Mai. (Stenographie-Saal.) Am Sonntag hielten die Vereine Freudenstadt, Regeld und Oberndorf des Württ. Stenogr.-Verbandes Sabelberger hier einen Sonntag ab. An dem damit verbundenen öffentlichen Wettstreiten, zu dem die Stadtverwaltung die städtischen Räume der Gewerkschule zur Verfügung gestellt hat, beteiligten sich in den Abteilungen 80—180 Seiten 51 Personen. Die Wertung der Arbeiten erfolgte am Nachmittag, so daß bei der gefälligen Unterhaltung am Abend über die preiswürdigen Arbeiten schon ein Ergebnis ausgehandelt werden konnte.

Göttlingen, 7. Mai. (Ergebnis der Ortsvorsteherwahl.) Bei der am Samstag stattgefundenen Wahl haben von 560 Wahlberechtigten 452 abgestimmt. Gültige Stimmen waren es 448, wovon Paul Widmann, Ortsvorsteher 445 erhielt.

Freudenstadt, 7. Mai. (Goldene Hochzeit.) Am gestrigen Sonntag feierten die Eheleute Karl Bech, Fuhrmann, Altschulze, das Fest der goldenen Hochzeit.

Esslingen, 7. Mai. (Turnfest.) Die von der Deutschen Turnerschaft bei der Katharinenfeste veranstaltete Gründungsfeier zur Erinnerung des Gedenkens der Gründung des Schwäbischen Turnkreises vor 75 Jahren war von etwa 5000 Turnern und Turnerinnen aus fünf Turngruppen besucht. Die Festrede hielt der Kreisvorsitzende, Prof. Lachenmaier-Stuttgart, der der im Weltkrieg gefallenen Turner, sowie auch der am Rhein und Ruhr in schwerem Kampf stehenden Turnerschaft gedachte. Von der Opferbereitschaft der Schwäbischen Turner gibt das Ergebnis der Sammlung für die Turnerspende mit dem reichen Ertrag von rund 450000 M. ein schönes Zeugnis.

Oberndorf a. N., 7. Mai. (Revalverdiebe.) Am vergangenen Herbst wurden in der Waffenfabrik Kaufner mehrere 100 neue Pistolen gestohlen. Von der Strafkammer Rottweil wurde jetzt der Hauptbeteiligte Mechaniker Paul Baier zu 2 Jahren und August Hoffener zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Friedrichshafen, 7. Mai. (Verbandsstag der württ. Konsumvereine.) Im Saal der Heppelwolschlag tagte der 12. ordentliche Verbandstag (20. Landesversammlung) württ. Konsumvereine, dem am Abend zuvor die Feier des 50jährigen Jubiläums des Konsumvereins Friedrichshafen vorausgegangen war. Der Verbandstag war von 279 Delegierten, mehreren Vorstands- und Ausschussmitgliedern besucht. In dem vom Verbandsvorsitzenden Bösch-Gannstatt eröffneten Bericht wurde u. a. auf das heuer zu begehende 25jährige Jubiläum von 8 Vereinen, sowie auf das stetige Anwachsen der Mitgliederzahl der Konsumvereine hingewiesen. Im Geschäftsbericht, der vom Abg. Feuerstein gegeben wurde, wurde u. a. ausgeführt: Staatskredit sollte nicht einseitig den landwirtschaftl. Produktionskreisen zu teil werden; er gehörte mit dem gleichen Recht auch dem Konsum. In Württemberg bestehen 180 Vereine mit rund 200000 Mitgliedern. Die Geschäftsanteile stiegen von 12 Mill. auf 28 Mill. M. Anträge waren eingegangen solche betr. die Abänderung der Umsatzsteuer, ferner über Aufklärung der Mitglieder, Einstellung des Kampfes im Verbandsorgan gegen die parteipolitische kommunistische Agitation, die Verbraucherkammern und die Forderung von Kreditgewährung durch Kommune und Staat. Fischer-Regierung begründete seinen Antrag betr. der Abänderung der Umsatzsteuer und Unterlassung der antikommunistischen Propaganda, wobei es nicht ohne erregte Zwischenrufe abging. In seinem Schlusswort rechnete Feuerstein scharf mit den Bestrebungen der Kommunisten ab, in die Wirtschaftsorganisation der Konsumvereine parteipolitische Tendenzen einzutragen, auch warnte er vor revolutionären Ideen. Die von kommunistischer Seite kommenden Anträge wurden teils abgelehnt, teils dem Vorstand als Material überwiesen. In der Zusammenkunft des Ausschusses tritt keine Abänderung ein. Als Ort der nächstjährigen Verbandstagung wurde Heilbronn bestimmt.

Minister Graf gestorben.

Stuttgart, 7. Mai. Am Montag nachmittag ist der württ. Minister des Innern Eugen Graf im Alter von etwas mehr als 50 Jahren nach längerer Krankheit im Marienhospital gestorben. Er ist aus der Laufbahn der mittleren Postbeamten hervorgegangen und war zuletzt Oberpostsekretär bei der Oberpostdirektion in Stuttgart. Als Landtagsabgeordneter vertrat er seit 1907 zunächst den Oberamtsbezirk Biberach im Landtag.

später gehörte er demselben als Zentrumsabgeordneter des I. Landeswahlkreises an. Nach dem Ausscheiden des Abg. Baumann übernahm er am 29. Oktober 1919 das Ernährungsministerium und nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der württ. Regierung seit 30. Juni 1920 das Ministerium des Innern. Mehr als 10 Jahre gehörte er auch dem Stuttgarter Gemeinderat an.

Mit ihm ist einer der hervorragendsten und einflussreichsten Führer der württ. Zentrumspartei dahingegangen, der in der innerpolitischen Entwicklung Württembergs seit der Revolution, zuerst als Ernährungsminister, dann durch die tatkräftige, zielbewusste Leitung des ihm vom Landtag nach dem Rücktritt des Abg. Baumann anvertrauten wichtigen Ministeriums des Innern eine bedeutende Rolle gespielt hat. Im Landtag war er, ob er nun von seinem Abgeordnetenamt oder vom Regierungamt aus sprach, einer der gewandtesten und temperamentvollsten Redner, der sich durchzusetzen verstand und seinen politischen Gegnern, namentlich denen auf der äußersten Linken, zuweilen aber auch, namentlich wo es sich um Ernährungsfragen handelte, auf der Rechten, nichts schenkte. Schon vor einigen Jahren zeigte sich ein ernstes Leiden, von dem ihm auch ein längerer Erholungsurlaub in Bad Dyrnbach und jetzt im Marienhospital in Stuttgart die erhoffte Wiedergenesung nicht zu bringen vermochte. In der württ. Regierung galt er als einer der tatkräftigsten Männer mit festem Willen, den er gegen jede Partei zur Geltung brachte. Unter seiner Ministerenschaft ist eine Reihe von bedeutungsvollen Gesetzen entstanden, die mit seinem Namen verbunden bleiben werden.

Tagung der Deutschen Volkspartei in Württemberg.

Stuttgart, 7. Mai. Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in Württemberg war am Sonntag zusammengetreten, um zu der politischen Lage und Haltung der Partei im Reich Stellung zu nehmen. Der leitende Landesvorsitzende, Abg. Vickers, und sein Stellvertreter, Rechtsanwalt Stöck-Stuttgart, Abg. Rohmann-Wilm und Frau Heub wurden wiedergewählt. Ueber die politische Lage sprach hierauf Abg. Vickers. Er freute sich, daß auch die übrigen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, gleichfalls das Vorgehen der Reichsregierung folgen werden, wenn auch nicht verläugert werden dürfte, daß innerhalb der Sozialdemokratie heute schon wieder, wohl unter dem Einfluß radikaler Kreise, Kräfte am Werke seien, die die Stöckkraft der großen Einheitsfront zu schwächen. An die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhafteste Aussprache an, an der sich beteiligten: Prof. Dr. Kofink-Württemberg, Buchdruckereibesitzer Kirchhoff-Württemberg, Prof. Lochtermann-Esslingen, Baumeister Weber-Rottweil, Fabrikant Wagner-Gannstatt, Prof. Dr. Schuster-Neutlingen, Abg. Dr. Engelhauf, Rechnungsrat Wirth-Ludwigsburg, Oberreallehrer Thumm, Fräulein Gertrud Böll und Oberlehrer Knödel-Württemberg. Als Ergebnis der Aussprache ist die einstimmige ist die einstimmige Annahme folgender Entschiedenheit zu betrachten: „Der Landesauschuss der D. V. Württembergs spricht der Reichstagsfraktion der D. V. und ihrem Vorsitzenden Dr. Stresemann die einstimmige Zustimmung zu der von ihm vertretenen Politik der tatkräftigen Unterstützung des Kabinetts Cuno aus und dankt zugleich dem Parteivorsitzenden Dr. Stresemann für seine klare, weitblickende und zielbewusste Führung der Partei. Der Landesauschuss berückt gleichzeitig der Landtagsfraktion der D. V. Württembergs sein volles Vertrauen und der Landesleitung der Partei Dank und Anerkennung für die umsichtige und erfolgreiche Führung der Partei in Württemberg aus.“

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Die Erzbergermörder in Tirol? Die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, daß der Erzbergermörder Schulz sich vor einem Monat am Brenner aufgehalten und dort im Gasthaus Kerschbaumer genächtigt habe. In das Fremdenbuch hat er sich als „Freiherr v. Mattini mit Diener“ eingetragen. Angeblich soll Schulz in Innsbruck eine Geliebte haben.

Bei einer Filmaufnahme ertrunken. Bei einer Filmaufnahme in Hannover ist ein Filmschauspieler, der am unteren Teil einer über dem Wehr hängenden Brücke schwebte, in das Wasser gefallen und ertrunken.

Grabhändler in Greiz. In den letzten Tagen des April sind Diebe nach Zertrümmerung eines Fensters in das Mausoleum des Fürsten Heinrich XXII. Keuz & S. in Greiz, Ida Waldhaus eingestiegen und haben dort aus der Kapelle eine Bibel in rotem Samtband gestohlen. Sie sind in die Gruft mit Nachschlüssel eingedrungen, haben die darin stehenden Särge geöffnet und nach Wertfachen durchsucht, aber nur das Schaumburg-Bippische Ehrenkreuz I. Klasse mit der Krone und dem Bande gefunden, das sie stahlen. Krone, Ring und Einsassung des Kreuzes ist aus Gold.

Wanfiger Selbstmord eines Diebes. In Neufeldach in Thüringen hat der Schuhmacher Reif, der wegen Diebstahls verhaftet werden sollte, dadurch Selbstmord verübt, daß er eine Sprengpatrone durch Zerbrechen zur Explosion brachte, wodurch der Kopf völlig abgerissen wurde.

Nach in Polen. Marschall Joch wurde an der polnischen Grenze vom Kriegsminister Sosnkowski empfangen, der ihm den polnischen Marschallstab überreichte. Der Empfang in Warschau und in der Provinz geschah unter großem Aufgebot von Schulen, Vereinen, Militär und Polizei. In allen Geschäften sind Hochbilde ausgehängt, die Gebäude sind mit polnischen und französischen Fahnen geschmückt.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Montag in Frankfurt 37 256 G., 37 443 Br., in Berlin 37 555 G. und 37 744 Br.

- 1 Schweizer Franken = 6738 G., 6771 Br.
- 1 französischer Franken = 2491 G., 2503 Br.
- 1 italienischer Lira = 1820 G., 1829 Br.
- 1 spanischer Ptasca = 5675 G., 5704 Br.
- 1 holländischer Gulden = 14 613 G., 14 606 Br.
- 1 Pfund Sterling = 173 315 G., 174 184 Br.
- 1 österreichische Krone = 52,4 G., 52,7 Br.
- 1 tschechische Krone = 1100 G., 1105 Br.
- 1 dänische Krone = 6945 G., 6979 Br.

Süddeutsche Elektrizität A. G. in Ludwigsburg. Die am Samstag gehaltene Hauptversammlung beschloß die Verteilung einer Dividende von 40 Prozent aus einem Reingewinn von 2 976 787 Mk. Genehmigt wurde auch die vorgeschlagene Erhöhung des Aktienkapitals von 2,5 auf 10 Millionen Mk. durch Ausgabe von 7,25 Millionen Mk. Stamm- und 250 000 Mk. Vorzugsaktien mit 10fachen Stimmrecht.

Erhöhte Rohgarnpreise. Das Rohgarnfundat-Rünchen hat den Ausschlag auf die Preisliste vom 12. März ab 3. Mai um 500 Prozent auf 3000 Prozent heraufgesetzt.

Der Kundenmahlohn beträgt für den Monat Mai gemäß Vereinbarung zwischen dem Landw. Hauptverband und dem Württ.-Hohenzoll. Müllerbund und dem Röhlenhauptverband bei 6 Prozent Mäher 2850, bei 7 Prozent Mäher 3350 Mk. pro Hektar.

Stuttgarter Börse, 7. Mai. Die französisch-belgische Antwortnote löste an der Börse Kursschwankungen aus. Kursrückgänge waren unvermeidbar, doch wurde das herauskommende Material verhältnismäßig rasch aufgenommen. Die Grundtendenz war noch behauptet. Banfaktien uneinheitlich: Hypothekendarf + 700, Vereinsbank - 500, Spinnereien gesucht: Kolb und Schüle + 1900, Kottner + 2000, Filz + 4900, Spinnerei Ehlingen - 3000. Brauereien behauptet: Kettenmeier + 2000, Wulle - 100, Württ.-Hohenzollern + 1000. Der Maschinen- und Metallmarkt nicht einheitlich: Daimler + 250, Feinmechanik - 5000, Jungheins + 100, Laubheimer Werkzeug - 7000, Magirus - 1500, Hesser - 1000, Redarjalmur - 500. Die übrigen Werte im ganzen schwächer: Anilin - 3000, Deutsche Verlag - 3000, Klein-Rottweil unverändert, Leibbrand - 200, Krumm - 500, Stuttgarter Straßenbahnen - 300, Stuttgarter Zucker - 1500, Salzwerk Heilbronn + 40 000. Am Freiverkehr war das Geschäft ziemlich schleppend, bei leicht abgeschwächten Kursen.

Landesproduktionsbörse Stuttgart, 7. Mai. Infolge der politischen Vorgänge und der dadurch hervorgerufenen Devisensteigerung trat Mitte voriger Woche am Getreidemarkt eine wesentliche Befestigung ein, die eine größere Preissteigerung hervorrief. Die Stimmung bleibt fest. Wir notieren der 100 Hilo (in 1000 Mk.):

Weizen württ., je nach Lieferzeit 145-155, Sommergerste württ., 95-110, Haber 85-104, Weizenmehl Nr. 0 mit Zufug von Auslandsgetreide 235-245, Brotmehl mit Zufug von Auslandsgetreide 210-220, Kleie 55-60, Hafer württ., 38-40, Stroh 38-40.

Engen, 4. Mai. Auf dem Schweine- und Großviehmarkt in Engen wurden für Milchschweine 300 bis 470 000 Mk. und für Käufer 1 Million Mk. für das Saar bezahlt. Für die kleinsten Käber wurde eine Million Mk. gefordert. Rinder liegen im Preise bis auf 2,7 Millionen, Kühe bis 4 Millionen und Ochsen bis 5 Millionen.

Wutmaßliches Wetter.

Bei westlichen Zufuhrströmungen wird das heiße Früh Sommerwetter anhalten und am Mittwoch zu verzinkelten Gewittern und Gewitterregen führen.

Letzte Nachrichten.

Die franz. und belg. Antwortnoten.

WTB. Berlin, 7. Mai. Wie die Blätter melden, ist der offizielle Text der französischen Note heute morgen in Berlin eingetroffen. Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel habe mitgeteilt, daß der ihm übergebene Text der belgischen Note mit der französischen Antwort gleichartig sei. Auf eine dringliche Übermittlung der belgischen Note sei deshalb verzichtet worden. Es werde erst nach Entschluß der schließlich übermittelten Text festgestellt werden, ob die belgische Note von der französischen legenden Abweichungen zeige.

England und die deutsche Note.

WTB. London, 7. Mai. Schatzkanzler Baldwin teilte im Unterhaus auf verschiedene Anfragen über die von der britischen Regierung mit Bezug auf die deutsche Note geplante Aktion mit, er hoffe, in der Lage zu sein, morgen eine Erklärung über diese Frage geben zu können.

WTB. London, 7. Mai. Heute Vormittag fand unter dem Vorsitz Lord Curzon in der Downing Street eine Kabinettsitzung statt, in der dem Vornehmen nach die deutsche Note, die französisch-belgische Antwort, sowie die Antwort der britischen Regierung erwogen wurden. Minister erklärten von gutunterrichteter Seite, daß die britische Regierung wahrscheinlich beschließen werde, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und eine S. paration's an die deutsche Regierung zu senden. Diese Note werde zunächst für zwei Wochen, daß das deutsche Angebot unbefriedigend u. unzulänglich sei, jedoch trotzdem nicht in der Art einer Ablehnung abgelehnt sei, sondern versuchen, die Wiedereröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland u. d. den Alliierten zur Regelung der augenblicklichen unbefriedigenden Lage möglich zu machen. Es verstand, wird die britische Antwort auf das deutsche S. paration'sangebot etwa Mitte der Woche abgeschlossen werden.

Das deutsche Angebot wird in britischen Kreisen als der Ausgangspunkt für Verhandlungen, jedoch nicht als Verhandlungsgrundlage angesehen. Die ital. Ansicht ist, wie angenommen wird, die gleiche. Nach britischer Ansicht bedeutet die franz. Antwortnote an Deutschland kein Aufschlagen der Türe. Es wird von britischer Seite der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Deutschland die Antwortnote Englands und Italiens akzeptiert und dann dem Alliierten ein abgedichtetes Angebot unterbreitet.

Vom besetzten Gebiet.

WTB. Köln, 7. Mai. Die Franzosen fordern, daß im Wald beiderseits der Straße Jankers' - Wall auf 40 Meter abgeholt werde - In Altkirchen finden zur Zeit 20 Aufstellungen von Eisenbahnerfamilien statt, von denen 600 bis 700 Personen bei offen werden können. - Am 5. d. Mts. sind bei Blankenheim zwei Füge zusammengebrochen.

Die Szenen im preussischen Abgeordnetensaal.

WTB. Berlin, 7. Mai. In preussischen Landtag beantragte zu Beginn der Sitzung der kommunistische Abgeordnete Schütz-Neuloh vorweg die Beratung des Antrags seiner Fraktion auf sofortige Aufhebung des Ausschlusses des Abgeordneten, wobei es wiederum zu erregten Szenen kam. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. Als hierauf der Abg. Sieff (D. V. P.) das Wort zur allgemeinen Besprechung des Ausschusses ergriff, erhoben die kommunistischen Abgeordneten einen ohrenschmerzenden Lärm. Fortwährende Rufe: „Die Polizei muß heraus!“, „Dienenparlament!“ und geländes Pfeifen ertönten. Der Abgeordnete Hoffmann wurde schließlich vom Präsidenten als Anführer der Ständehaltung von der Sitzung ausgeschlossen. Dieser weigerte sich aber, den Saal zu verlassen. Da die Ständehaltung sich löste, schloß der Präsident die Sitzung und ließ sämtliche Zutrittskarten einschließlich der Polizei aus dem Saal entfernen. - Eine weitere Werbung besaß: Nachdem der Vizepräsident des Landtags eine längere Sitzung abgelehnt hatten, brachten die zahlreich anwesenden Beamten des Sitzungssaal und schickten den kommunistischen Abg. Paul Hoffmann mit Gewalt aus dem Saal. Da sich mehrere kommunistische Abgeordnete den Beamten in die Arme warfen, wurden diese wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt ebenfalls mit Gewalt aus dem Saal geführt und einige von ihnen in einem Zimmer des Landtagsgebäudes zurückgehalten.

Für die Darstellung verantwortlich: Ludwig Kahl, Druck und Verlag der W. Nieker'schen Buchhandlung Altensteig.

Es ist Ihr Vorteil,

wenn Sie unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ lesen, denn sie bietet Ihnen jeden Tag kurz und übersichtlich das Neue und eine Fülle guten Lesestoff.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Firma **Gedächter Theuer, Holzhandlung in Altensteig** beschäftigt an der Nagold unterhalb Altensteig

ein Kraftwerk

zu erbauen. Das 300 m unterhalb der Bohmühle geplante Werk soll die Nagold bis zu 1,0 m hoch stauen. Das Werk wird durch einen 620 m langen Oberkanal entlang dem Hahnswald dem 70 m oberhalb der Talsperre einmündend auf Parz. 513 rechts der Nagold geplanten Kraftwerk zugeführt. Außerdem soll der Oberkanal noch durch eine 320 m lange, 50 cm weite Röhre über dem Röhrenkanal erhalten mittels einer Stauanlage oberhalb des Bahnhofs Betrieb bei der Brücke im Zug der Straße vom Bahnhof nach Bernsd. Die Gesamtanlage beruht bis Marzungen Altensteig, Bernsd und Monhardt. Die Pläne liegen sowohl beim Oberamt als auch beim Stadtschultheißenamt Altensteig-Stadt zur Einsichtnahme auf. Einwendungen sind binnen 14 Tagen vom Tag der Veröffentlichung ab anzubringen, nach welcher Zeit eine Beschließung derselben ausgeschlossen ist. Nagold, den 4. Mai 1923. Oberamt: Ränz.

Altensteig.

Kaufe

morgen Mittwoch, den 9. Mai, von mittags 2-6 Uhr im Saal z. Waldhorn

alte künstliche

Gebisse

und zahlre

pro Zahn Mk. 2-3000.

Inserate haben in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.

Statt Karten.

GEORG KALMBACH.

ANNA KALMBACH geb. Knoll

zeigen ihre Vermählung an.

Friedrichshafen, 8. Mai 1923.

Die Geburt eines gesunden

Mädchens

zeigen hoch erfreut an

Carl Elber mit Frau

Julie, geb. Moser

Unterreichenbach, 5. 5. 23.

Altensteig.

Knecht-Gesuch.

Ein anständiger Knecht kann sofort eintreten bei

Krebruster z. Schwaben.

Altensteig.

Für

Touristen

empfehle:

Butterbüchsen

Feldflaschen

Isolierflaschen

Trinkbecher

Zitronenpressen

Henfle

Eisenwarenhandlung

Schwarzen.

Salz: Johannes Steable, Kaufmann, 72 J.

Dr. Soldans

garant. echter

Rinderrichtee

ist allbewährt gegen alle Erkranungen der Atmungsorgane, heilwiegend bei chronisch. Bronchial-, Keuchhusten, Lungen-, Katarrhen, Asthma.

Drogerie

Gebr. Benz

Nagold und

Ehhausen.

Simmerfeld, 7. Mai 1923.

Todes-Anzeige.

Nach einem letzten schweren Kampfe ist unser lieber Vater, Groß- und Schwageroater

Michael Friedrich Erhardt

im Alter von nahezu 78 Jahren sanft in dem Herrn entschlafen.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch Nachmittag 2 Uhr.

Wir bringen zur Kenntnis, daß wir

Herrn Poliz- und Wachmeister Ziegler

ein Vertretung unserer Gesellschaft für Nagold u. Umgebung übertragen haben.

Gleichzeitig halten wir uns zum Abschluß von Versicherungen aller Arten zu festen nach höchsten Prämien empfohlen. Entgegenkommende Schadensbehandlung.

Erste Württemberg. Viehversicherungs-Gesellschaft a. G. zu Stuttgart.

Zu Dekorationszwecken

empfiehlt

Krepp- und Seidenpapier

in schärfster Farbauswahl

W. Nieker'sche Buchhandlung

Altensteig.

Gaben für das Ruhrgebiet

nehmen fortgesetzt die bekannten Sammelstellen, sowie die Geschäftsstelle dieses Blattes entgegen.

